



Niederschrift

über die Sitzung

des Stadtrates

am 29.03.2017

Anwesend

Vorsitz

Michael Ebling

Verwaltung

Günter Beck
Christopher Sitte
Kurt Merkator
Karin Eder
Marianne Grosse

Stadtratsmitglieder

Baris Baglan
Andreas Behringer
Claus Berndroth
Katharina Binz
Marc-Antonin Bleicher
Dr. Barbara Both
Nurhayat Canpolat
Dr. Matthias Dietz-Lenssen
Xander Dorn
Dr. Gerd Eckhardt
Nora Egler
Sabine Flegel
Henning Franz
Thomas Gerster
Alexandra Gill-Gers
Klaus Hafner
Ansgar Helm-Becker
Waltraud Hingst
Dr. Brian Huck
Ruth Jaensch
Martin Kinzelbach
Johannes Klomann, MdL
Daniel Köbler, MdL
Sylvia Köbler-Gross
Walter Koppius
Martina Kracht
Thorsten Lange
Myriam Lauzi
Prof. Dr. Felix Leinen
Dr. Eckart Lensch
Dr. Eleonore Lossen-Geißler
Kurt Mehler
Dr. Christian Moerchel

Dr. Claudius Moseler
Thomas Neger
Anette Odenweller
Ann Kristin Pfeifer
Prof. Dr. Michael Pietsch
Dr. Christine Pohl
Jasper Proske
Wolfgang Reichel
Dr. Markus Reinbold
Uta Schmitt
Hannsgeorg Schöning
Martin Schykowski
Claudia Siebner
Norbert Solbach
Harald Strutz
Heinz-Werner Stumpf
Karin Trautwein
Zorlu Ünal
Christian Viering
Prof. Dr. Jürgen von Stuhr
Ute Wellstein
Sissi Westrich
Cornelia Willius-Senzer, MdL
Christine Zimmer

Schriftführung

Detlef Blessing

Entschuldigt fehlen

Ursula Groden-Kranich, MdB
Antje Kuessner
Dr. Peter Tress

Tagesordnung

a) öffentlich

TEIL I

Anfragen

1. Instandhaltungskosten des neuen ÖPNV Netzes (FW-G)
2. Sozialer Wohnungsbau (FW-G)
3. Weitergabe der Bundeshilfen für Flüchtlinge an die Stadt Mainz (AfD)
4. Vergabep Praxis der Stadt Mainz für die Sitzungskarten der Fernsehsitzung "Mainz bleibt Mainz wie es singt und lacht" am 24.02.2017 (AfD)
5. Gewaltsame Ausschreitungen in der Mainzer Partnerstadt Dijon (AfD)
6. Städtebauliche Exkursionen des Baudezernats (ÖDP)
7. Förderung freier Kulturinitiativen (ÖDP)
8. Lohnstruktur Bus- und Straßenbahnfahrer (ÖDP)
9. Kostendeckel MVG (ÖDP)
10. Weitere (juristische) Schritte gegen den Fluglärm (ÖDP)
11. L 425 (SPD)
12. Messegelände Mainz-Hechtsheim (SPD)
13. Sperrung der „Rheinschiene“ für den LKW-Durchgangsverkehr (SPD)
14. Schutz vor häuslicher Gewalt (DIE LINKE)
15. Unfallhäufigkeit auf der A60 Höhe Autobahntunnel (FW-G)
16. Baumaßnahmen Mainzer Bürgerhäuser (FW-G)
17. Quartier gemeinsam entwickeln (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
18. Räumung der GFZ-Kaserne (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
19. Personalsituation im Bürgeramt und den Ortsverwaltungen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
20. Theodor-Heuss-Grundschule Mainz-Hechtsheim (ÖDP)

21. Jubiläum Wohnbau (ÖDP)
22. Landstrom Mainzer Rheinufer (CDU)
23. Sprachkurse Volkshochschule (CDU)
24. Technische Infrastruktur Gonsbachterrassen (CDU)
25. Stromsperrern (DIE LINKE)
26. Vergabe zur Interkulturellen Woche (DIE LINKE)
27. Umsetzung Leichte Sprache in der Verwaltung (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
 - 27.1. Wohnraumvermittlung (AfD)
28. Fragestunde

Anträge

29. "Meenzer Becher" - Einführung eines Mehrwegbechersystems (CDU)
 - 29.1. Ergänzungsantrag zu Antrag "Meenzer Becher" - Einführung eines Mehrwegbechersystems der CDU (ÖDP)
30. Bebauungsplan Ludwigsstraße (ÖDP)
31. Wege zur Umsetzung des Konzepts der Jugendbeteiligung (CDU)
32. Neue Integrierte Gesamtschule in Mainz (SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP)
 - 32.1. Änderungsantrag zum Antrag der Stadtratsfraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP "Neue Integrierte Gesamtschule in Mainz" (CDU)
54. Einwohnerfragestunde

TEIL II

A) Mit Stimmrecht des Vorsitzenden

33. Sachstandsberichte
 - 33.1. Gemeinsamer Änderungsantrag zu Antrag 1426/2016 "Armut erkennen und bekämpfen - Erstellung eines Armutsberichts" (SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP) Vorlage: 1426/2016/1
 - 33.2. Sachstandsbericht zu Antrag 1711/2012 CDU sowie Ergänzungsantrag 1711/2012/1 der ödp
34. Übertragung von Haushaltsausgaberesten und Verpflichtungsermächtigungen aus dem Haushaltsjahr 2016 nach 2017
35. Naturhistorisches Museum

36. Umsetzung des § 94 Abs. 3 GemO
37. Umsetzung des § 94 Abs. 3 GemO
38. Wirtschaftliche Beteiligungen
39. Kita Weisenau, Friedrich-Ebert-Straße
40. Anne-Frank-Realschule plus
41. Münchfeldschule, Schulhofsanierung
42. Feuerwache II, Neubau - Restabwicklung
43. Brandschutz Kindertagesstätte Römerquelle in Mainz-Finthen
44. 1. Änderung der Gefahrenabwehrverordnung
45. Qualifizierter Mietspiegel 2017
46. Bereitstellung von zusätzlichen Haushaltsmitteln für die Tilgung von Baukosten für Gemeinschaftsunterkünfte gegenüber der Wohnbau Mainz
47. Einführung der elektronischen Gesundheitskarte für Flüchtlinge
48. "Naturnahe Gestaltung des Rheinufer zwischen der Weisenauer Brücke und der B9-Wegeunterführung in der Gemarkung Laubenheim - Vorgaben für eine Naherholungskonzeption"
49. Änderung der Satzung über die Benutzung der Grünanlagen der Stadt Mainz (Grünanlagensatzung)
- 49.1 Neue Fuß- und Radwegeverbindung Wirtschaftspark / Messe – Ortslage Hechtsheim
50. Bauleitplanverfahren "G 156" (Planstufe I)
51. 1. Kenntnisnahme "Gesamtkonzept der Gutachter zur naturverträglichen Instandsetzung des Mauerwerks im Zitadellengraben"
52. Veränderungssperre "W 105-VS/I"

B) Ohne Stimmrecht des Vorsitzenden

53. Besetzung von Ausschüssen und sonstigen Gremien
 - 53.1. Ergänzung von Gremien
55. Anregungen der Ortsbeiräte

b) nicht öffentlich

- 56. Personalangelegenheiten
- 57. Vertragsangelegenheiten Schwimmbad Mainzer Schwimmverein gGmbH
- 12. Messegelände Mainz-Hechtsheim (SPD)

Der Vorsitzende eröffnet um 15:30 Uhr die Sitzung und stellt fest, dass form- und fristgerecht eingeladen wurde und die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

Der Vorsitzende begrüßt sodann Schüler des Willigis-Gymnasiums mit begleitenden Lehrkräften.

Zur Tagesordnung wird mitgeteilt:

Änderungs- bzw. Ergänzungsanträge gibt es zu den Punkten 29 und 32.

Die fristgerecht eingegangene Anfrage Nr. 0519/2017 wird unter dem neuen Tagesordnungspunkt 27.1 behandelt.

In die Tagesordnung aufzunehmen sind die Tagesordnungspunkte 38.5 (Wirtschaftliche Beteiligung) und 49.1 (Neue Fuß- und Radwegeverbindung Wirtschaftspark). Der Stadtrat erhebt hierzu keine Bedenken.

Die Antwort zu Tagesordnungspunkt 12 wird am Ende des nichtöffentlichen Teils aufgerufen.

Die Zuständigkeit bei Tagesordnungspunkt 9 liegt bei Frau Eder.

Sodann erfolgt der Eintritt in die Tagesordnung.

öffentlich

TEIL I

Anfragen

Punkt 1 **Instandhaltungskosten des neuen ÖPNV Netzes (FW-G)**
Vorlage: 0295/2017

Ohne Zusatzfragen nimmt der Stadtrat die Antwort von Frau Beigeordneter Eder zur Kenntnis.

Punkt 2 **Sozialer Wohnungsbau (FW-G)**
Vorlage: 0296/2017

Zu der von Herrn Beigeordneten Merkator vorgelegten Antwort werden keine Zusatzfragen gestellt.

Punkt 3 **Weitergabe der Bundeshilfen für Flüchtlinge an die Stadt Mainz (AfD)**
Vorlage: 0362/2017

Zur vorliegenden Antwort fragt Herr Stumpf nach, inwieweit die Presseerklärung zutreffe, in Mainz sei es zu Verzögerungen bei der Kostenerstattung durch das Land gekommen. Herr Beigeordneter Merkator erklärt, dass er diese Frage nicht beantworten könne, da er den Artikel nicht kenne. Herr Stumpf bittet daraufhin, die Antwort zu seiner Nachfrage schriftlich zu beantworten.

Punkt 4 **Vergabepaxis der Stadt Mainz für die Sitzungskarten der Fernsehsetzung**
"Mainz bleibt Mainz wie es singt und lacht" am 24.02.2017 (AfD)
Vorlage: 0364/2017

Zur vorliegenden Antwort stellt Herr Stumpf zwei Zusatzfragen:

- Teilt die Verwaltung die Ansicht der AfD, dass die Vergabe der Fernsehkarten willkürlich erfolgt?
- Welche Personen haben in diesem Jahr kostenlose Karten durch den Oberbürgermeister erhalten?

Zu Frage 1 antwortet der Vorsitzende mit „Nein“, die Antwort zur zweiten Zusatzfrage werde den Fraktionen nachgereicht.

Punkt 5 **Gewaltsame Ausschreitungen in der Mainzer Partnerstadt Dijon (AfD)**
Vorlage: 0365/2017

Die Antwort von Herrn Oberbürgermeister Ebling liegt vor. Zusatzfragen werden nicht gestellt.

Punkt 6 **Städtebauliche Exkursionen des Baudezernats (ÖDP)**
Vorlage: 0425/2017

Die Anfrage wurde von Frau Beigeordneter Grosse beantwortet. Zusatzfragen gibt es keine.

Punkt 7 **Förderung freier Kulturinitiativen (ÖDP)**
Vorlage: 0426/2017

Zu der Antwort auf Frage 5 fragt Herr Prof. Leinen nach, ob es trotz der Haushaltssperre Abschlagszahlungen gegeben habe und bittet gleichzeitig – Bezug nehmend auf die Nr. 7 – um Mitteilung, wie hoch die reduzierten Mieten seien.

Frau Beigeordnete Grosse erklärt, dass die Fragen schriftlich beantwortet würden. Im Übrigen werde über diese Fragestellung regelmäßig im Kulturausschuss in öffentlicher Sitzung unterrichtet.

Punkt 8 **Lohnstruktur Bus- und Straßenbahnfahrer (ÖDP)**
Vorlage: 0427/2017

Unter Bezugnahme auf die Antwort zu Frage 1 bittet Herr Dr. Moseler um Mitteilung, wann mit dem Abschluss der Gespräche gerechnet werden könne und ob das formulierte Ziel erreicht werden könne.

Die Gespräche seien nach Auskunft von Frau Beigeordneter Eder auf der Zielgeraden. Was jedoch die Ergebnisse angehe, könne zurzeit keine Aussage getroffen werden, insbesondere im Hinblick darauf, ob die Struktur 1 : 1 in die MVG übernommen werden könnte.

Punkt 9 **Kostendeckel MVG (ÖDP)**
Vorlage: 0428/2017

Ohne Zusatzfragen nimmt der Stadtrat die Antwort von Frau Beigeordneter Eder zur Kenntnis.

Punkt 10 **Weitere (juristische) Schritte gegen den Fluglärm (ÖDP)**
Vorlage: 0429/2017

Die Antwort von Herrn Oberbürgermeister Ebling liegt vor. Zusatzfragen werden nicht gestellt.

Punkt 11 **L 425 (SPD)**
Vorlage: 0481/2017

Ohne Zusatzfragen nimmt der Stadtrat die Antwort von Frau Beigeordneter Eder zur Kenntnis.

Punkt 12 **Messegelände Mainz-Hechtsheim (SPD)**

Die Antwort wird im nichtöffentlichen Teil aufgerufen.

Punkt 13 **Sperrung der „Rheinschiene“ für den LKW-Durchgangsverkehr (SPD)**
Vorlage: 0483/2017

Von der von Frau Beigeordneter Eder vorgelegten Antwort wird ohne Zusatzfragen Kenntnis genommen.

Punkt 14 **Schutz vor häuslicher Gewalt (DIE LINKE)**
Vorlage: 0492/2017

Vom Zwischenbericht nimmt der Stadtrat Kenntnis.

Punkt 15 **Unfallhäufigkeit auf der A60 Höhe Autobahntunnel (FW-G)**
Vorlage: 0493/2017

Die Anfrage wurde von Frau Beigeordneter Eder beantwortet. Zusatzfragen werden nicht gestellt.

Punkt 16 **Baumaßnahmen Mainzer Bürgerhäuser (FW-G)**
Vorlage: 0494/2017

Zu der von Herrn Bürgermeister Beck vorgelegten Antwort werden keine Zusatzfragen gestellt.

Punkt 17 **Quartier gemeinsam entwickeln (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**
Vorlage: 0499/2017

Ohne Zusatzfragen nimmt der Stadtrat von der Antwort von Frau Beigeordneter Grosse Kenntnis.

Punkt 18 **Räumung der GFZ-Kaserne (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**
Vorlage: 0500/2017

Auf Nachfrage von Herrn Köbler teilt der Vorsitzende mit, dass vor der Sommerpause mit der Maßnahme gestartet werde.

Punkt 19 **Personalsituation im Bürgeramt und den Ortsverwaltungen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**
Vorlage: 0501/2017

Von der Antwort von Herrn Oberbürgermeister Ebling wird ohne Zusatzfragen Kenntnis genommen.

Punkt 20 **Theodor-Heuss-Grundschule Mainz-Hechtsheim (ÖDP)**
Vorlage: 0504/2017

Zu der von Herrn Beigeordneten Merkator vorgelegten Antwort fragt Herr Prof. Leinen nach, wieso die Verwaltung die Auffassung nicht teile, dass hier eine 6-Zügigkeit notwendig sei. Des Weiteren fragt er nach, ob an diesem Standort eine Erweiterung möglich sei.

Herr Beigeordneter Merkator teilt mit, dass es sich im Einvernehmen mit der ADD um eine 4,5-Zügigkeit handele und eine Erweiterung nicht durchsetzbar sei. Dies entspräche auch den Schulbaurichtlinien des Landes Rheinland-Pfalz. Die Verwaltung verbleibe deshalb bei ihrer Auffassung.

Punkt 21 **Jubiläum Wohnbau (ÖDP)**
Vorlage: 0506/2017

Die Anfrage wurde von Herrn Beigeordneten Merkator beantwortet. Zusatzfragen gibt es keine.

Punkt 22 **Landstrom Mainzer Rheinufer (CDU)**
Vorlage: 0508/2017

Zu der vorliegenden Antwort fragt Frau Flegel nach, wann mit der Neugestaltung der Kaimauer begonnen werde. Frau Beigeordnete Eder teilt mit, dass der Beginn dieser Maßnahme (am Kaisertor) für die zweite Maiwoche geplant sei. Weiterhin wird nachgefragt, wann mit der rechtlichen Beurteilung zu rechnen sei. Frau Eder erklärt, dass diese auch der Verwaltung noch nicht vorliege. Sie werde umgehend nach Eingang an die Fraktionen weitergeleitet.

Punkt 23 **Sprachkurse Volkshochschule (CDU)**
Vorlage: 0509/2017

Frau Trautwein bittet ergänzend um Mitteilung, ob die abgelehnten Bewerber für einen Kurs beim nächsten Mal vorrangig behandelt würden. Weiterhin wird nach der Größe der einzelnen Kurse gefragt.

Frau Beigeordnete Grosse gehe davon aus, dass die Abgelehnten bevorzugt bedacht würden. Die Größe der Kurse werde im Einzelnen nachgereicht.

Punkt 24 **Technische Infrastruktur Gonsbachterrassen (CDU)**
Vorlage: 0510/2017

Zu der von Herrn Bürgermeister Beck vorgelegten Antwort werden keine Zusatzfragen gestellt.

Punkt 25 **Stromsperrern (DIE LINKE)**
Vorlage: 0511/2017

Stadtratsmitglied Dorn fragt unter Hinweis auf die Antwort zu Nummer 7 nach, inwieweit es eine Änderung gäbe, wenn die Stadtwerke den Strom anböten.

Herr Bürgermeister Beck erklärt, dass die Frage im Moment nicht beantwortet werden könne. Die Antwort werde nachgereicht.

Punkt 26 **Vergabe zur Interkulturellen Woche (DIE LINKE)**
Vorlage: 0512/2017

Zu der von Herrn Oberbürgermeister Ebling vorgelegten Antwort fragt Herr Proske nach, ob es tatsächlich keine nachprüfbaren Vergabekriterien gäbe. Dies wird bestätigt; es handele sich bei der Vergabe um gewachsene Traditionen. Die Abstimmung erfolge jedoch im Beirat für Migration und Integration, so dass hier ein Mitspracherecht gegeben sei. Unabhängig hiervon bemühe sich die Verwaltung, entsprechende sanfte Vergabekriterien zu entwickeln.

Punkt 27 **Umsetzung Leichte Sprache in der Verwaltung (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**
Vorlage: 0513/2017

Die Antwort von Herrn Oberbürgermeister Ebling wird ohne Zusatzfragen zur Kenntnis genommen.

Punkt 27.1 **Wohnraumvermittlung (AfD)**
Vorlage: 0519/2017

Vom Zwischenbericht von Herrn Beigeordneten Merkator wird Kenntnis genommen.

Punkt 28 **Fragestunde**

Fragen einzelner Ratsmitglieder wurden nicht eingereicht.

Anträge

Punkt 29 **"Meenzer Becher" - Einführung eines Mehrwegbechersystems (CDU)**
Vorlage: 0477/2017

Punkt 29.1 **Ergänzungsantrag zu Antrag "Meenzer Becher" - Einführung eines Mehrwegbechersystems der CDU (ÖDP)**
Vorlage: 0477/2017/1

Für die CDU begründet Frau Flegel den Antrag und erklärt, dass der Ergänzungsantrag der ÖDP übernommen werden könne. Herr Dr. Moseler begründet den Ergänzungsantrag und bittet um Zustimmung. Die Herren Bleicher (SPD), Lange (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) und Koppius neh-

men für die Ampel Stellung und erklären, dass der CDU-Antrag in den Fachausschuss überwiesen werden solle. Dem Ergänzungsantrag könne nicht zugestimmt werden. An der weiteren Aussprache beteiligen sich Herr Stumpf (AfD), Herr Schönig (CDU), Herr Dr. Moseler (ÖDP), der auch für den Ergänzungsantrag Überweisung beantragt, und Frau Köbler-Gross (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) sowie Frau Beigeordnete Eder.

Zunächst wird der Antrag der CDU mit Mehrheit in den Umweltausschuss überwiesen. Die Überweisung des Ergänzungsantrages wird mehrheitlich abgelehnt. Ebenso wird der Ergänzungsantrag mehrheitlich in der Sache abgelehnt.

Punkt 30 **Bebauungsplan Ludwigsstraße (ÖDP)**
Vorlage: 0479/2017

Nach der Begründung des ÖDP-Antrages durch Herrn Dr. Moseler erklärt Herr Dr. Eckhardt für die CDU-Fraktion, dass man lediglich dem Absatz 1 des Antrages zustimmen könne. Die übrigen Absätze seien in sich widersprüchlich. Er beantragt insofern Einzelabstimmung. Herr Franz (SPD), Herr Dr. Huck (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) und Herr Strutz (FDP) teilen mit, dass der Antrag seitens der Ampel keine Zustimmung erhalten könne.

Nach kurzer Stellungnahme durch Frau Beigeordnete Grosse wird sodann – wie beantragt – getrennt abgestimmt:

Absatz 1 des ÖDP-Antrages wird mit Mehrheit abgelehnt; die übrigen Abschnitte werden ebenfalls – mit großer Mehrheit – abgelehnt.

Punkt 31 **Wege zur Umsetzung des Konzepts der Jugendbeteiligung (CDU)**
Vorlage: 0487/2017

Nach der Begründung des CDU-Antrages durch Frau Siebner erklären Frau Westrich für SPD, Frau Jaensch für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Frau Willius-Senzer für die FDP, dass dem Antrag nicht zugestimmt werden könne. An der weiteren Aussprache beteiligen sich Frau Siebner, Frau Westrich, Frau Köbler-Gross, Herr Gerster sowie Herr Beigeordneter Merkator.

Am Ende der Aussprache wird der Antrag bei vier Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

Punkt 32 **Neue Integrierte Gesamtschule in Mainz (SPD, Bündnis 90/Grüne, FDP)**
Vorlage: 0498/2017

Punkt 32.1 **Änderungsantrag zum Antrag 0498/2017 der Stadtratsfraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP "Neue Integrierte Gesamtschule in Mainz"**
Vorlage: 0498/2017/1

Den gemeinsamen Antrag von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP begründen Frau Zimmer, Frau Jaensch und Frau Willius-Senzer. Die Genannten erklären, dass man dem Änderungsantrag der CDU nicht folgen könne. Die Begründung des Änderungsantrages der CDU übernimmt

Herr Solbach. Weitere Stellungnahmen werden von Herrn Prof. Leinen (ÖDP) und Herrn Prof. von Stuhr (AfD) abgegeben. An der weiteren Aussprache beteiligen sich Frau Zimmer, Herr Dr. Reinbold, Herr Stumpf, Frau Jaensch, Frau Willius-Senzer und Herr Solbach sowie Herr Beigeordneter Merkator.

Der Stadtrat beschließt sodann:

Der Änderungsantrag der CDU wird mit Mehrheit abgelehnt. Der gemeinsame Antrag von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP wird mehrheitlich beschlossen.

Punkt 54 Einwohnerfragestunde

Fragen der anwesenden Einwohnerinnen und Einwohner werden nicht gestellt.

TEIL II

A) Mit Stimmrecht des Vorsitzenden

Punkt 33 Sachstandsberichte

Punkt 33.1 Gemeinsamer Änderungsantrag zu Antrag 1426/2016 "Armut erkennen und bekämpfen - Erstellung eines Armutsberichts" (SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP) Vorlage: 1426/2016/1 Vorlage: 0262/2017

Der Stadtrat nimmt den Sachstandsbericht zur Kenntnis und erklärt den Antrag damit einstimmig für erledigt.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 22.02.2017.

Punkt 33.2 Sachstandsbericht zu Antrag 1711/2012 CDU sowie Ergänzungsantrag 1711/2012/1 der ödp hier: Konzeption für eine Wohnraumversorgung Vorlage: 0081/2017

Der Stadtrat nimmt die Antwort der Verwaltung zur Kenntnis. Die Anträge werden entgegen des Beschlussvorschlages nicht als erledigt erklärt. Es wird einstimmig Wiedervorlage in zwei Jahren beschlossen.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 17.01.2017.

Punkt 34 **Übertragung von Haushaltsausgaberesten und Verpflichtungsermächtigungen aus dem Haushaltsjahr 2016 nach 2017**
Vorlage: 0291/2017

Der Stadtrat beschließt einstimmig, die in der Anlage 1 aufgeführten Ansätze aus dem Haushaltsjahr 2016 für übertragbar zu erklären.

Der Stadtrat nimmt von den kraft Gesetz übertragbaren Ansätzen (Anlage 2) sowie der übertragbaren Verpflichtungsermächtigung (Anlage 3) aus dem Haushaltsjahr 2016 Kenntnis.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 15.03.2017.

Punkt 35 **Naturhistorisches Museum**
hier: überplanmäßige Mittelbereitstellung zur Durchführung einer Schadstoffsanierung
Vorlage: 0348/2017

Der Stadtrat beschließt ohne Gegenstimmen und Stimmenthaltungen - vorbehaltlich Haushaltsverfügung der ADD - die überplanmäßige Mittelbereitstellung in Höhe von 115.000 EUR im Haushaltsjahr 2017.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 09.03.2017.

Punkt 36 **Umsetzung des § 94 Abs. 3 GemO;**
hier: Einwerbung, Entgegennahme und Vermittlung von Sponsoringleistungen, Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen
Vorlage: 0297/2017

Einstimmig beschließt der Stadtrat:

Die vorgelegte Liste für das Jahr 2016 und 2017 wird zustimmend zur Kenntnis genommen.

Der Annahme der folgenden Zuwendungen 0002/2017, 0003/2017, 0004/2017, 0011/2017, 0016/2017, 0020/2017, 0025/2017 und 0026/2017 wird zugestimmt, da die Wertgrenze von 3.000 Euro überschritten wurde.

Erst nach der Unbedenklichkeitserklärung durch die Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion kann die Kenntnisnahme und Zustimmung der Zuwendungen/Sponsoringleistungen in Kraft treten.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 15.03.2017.

Punkt 37 **Umsetzung des § 94 Abs. 3 GemO;**
hier: Einwerbung, Entgegennahme und Vermittlung von Sponsoringleistungen, Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen
Vorlage: 0342/2017

Einstimmig fasst der Stadtrat nachfolgenden Beschluss:

Der Annahme der Zuwendung 0030/2017 wird zugestimmt, da die Wertgrenze von 3.000 Euro überschritten wurde.

Erst nach der Unbedenklichkeitserklärung durch die Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion kann die Zustimmung der Zuwendung in Kraft treten.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 09.03.2017.

Punkt 38 **Wirtschaftliche Beteiligungen**

Punkt 38.1 **Wirtschaftsbetrieb Mainz AöR**
hier: Bestellung des Abschlussprüfers für die Wirtschaftsjahre 2017 + 2018
Vorlage: 0225/2017

Der Stadtrat stimmt der Bestellung der DORNBAACH GmbH als Abschlussprüfer für den Wirtschaftsbetrieb Mainz AöR zur Prüfung der Jahresabschlüsse 2017 + 2018 ohne Gegenstimmen und Stimmenthaltungen zu.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 08.03.2017.

Punkt 38.2 **Wirtschaftliche Beteiligungen, Kulturzentren Mainz GmbH;**
hier: Wirtschaftsplan 2017
Vorlage: 1752/2016

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

Dem Wirtschaftsplan der Kulturzentren Mainz GmbH für das Jahr 2017 wird zugestimmt.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 16.03.2017.

Punkt 38.3 **Wirtschaftliche Beteiligungen; Wohnbau Mainz GmbH**
hier: Wirtschaftsplan der Wohnbau Mainz Gruppe für das Wirtschaftsjahr 2017
Vorlage: 0021/2017

Der Stadtrat stimmt der Unternehmensplanung 2017 – 2021 der Wohnbau Mainz Gruppe einstimmig zu.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 15.03.2017.

Punkt 38.4 **Wirtschaftliche Beteiligungen, Mainzer Bürgerhäuser GmbH & Co. KG;**
Wirtschaftsplan 2017
Vorlage: 0132/2017

Der Stadtrat beschließt ohne Gegenstimmen und Stimmenthaltungen:

Dem Wirtschaftsplan der Mainzer Bürgerhäuser GmbH & Co. KG für das Jahr 2017 wird zugestimmt.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 15.03.2017.

Punkt 38.5 **Wirtschaftliche Beteiligungen; Grundsatzbeschluss zur Fortführung des Taubertsbergbades**
Vorlage: 0270/2017

Nach Aufruf dieses Tagesordnungspunktes teilt der Vorsitzende mit, dass der Ausschuss für Finanzen und Beteiligungen in seiner heutigen Sitzung der Vorlage in der Form zugestimmt habe, dass die Worte „... mit einer stadtnahen Unternehmung ...“ durch die Worte „... mit den Mainzer Stadtwerken ...“ ersetzt werden.

Der Stadtrat beschließt sodann einstimmig mit vorgenannter Änderung die grundsätzliche Fortführung des Betriebes des Taubertsbergbades.

Die Modifikationen des Pacht- und Betreibervertrages auf der Grundlage des Stadtratsbeschlusses vom 04.10.2016 werden längstens bis zum 31.12.2017 fortgeführt und weiter dahingehend ergänzt, dass die öffentlichen Lasten vom Verpächter getragen werden.

Zur Sicherstellung des Badbetriebs bis Ende des Jahres 2017 ist eine überplanmäßige Mittelbereitstellung i. H. v. bis zu 750.000 € vorzunehmen.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 22.03.2017.

Punkt 39 **Kita Weisenau, Friedrich-Ebert-Straße**
hier: überplanmäßige Mittelbereitstellung im Haushaltsjahr 2017
Vorlage: 0350/2017

Der Stadtrat beschließt ohne Gegenstimmen und Stimmenthaltungen - vorbehaltlich der Haushaltsverfügung der ADD - die überplanmäßige Mittelbereitstellung in Höhe von 400.000€ im Haushaltsjahr 2017.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 09.03.2017.

Punkt 40 **Anne-Frank-Realschule plus**
hier: überplanmäßige Mittelbereitstellung im Haushaltsjahr 2017
Vorlage: 0355/2017

Der Stadtrat beschließt einstimmig – vorbehaltlich der Haushaltsverfügung der ADD - die überplanmäßige Mittelbereitstellung in Höhe von 1.098.800,-€ im Haushaltsjahr 2017.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 09.03.2017.

Punkt 41 **Münchfeldschule, Auflagenerfüllung, Schulhofsanierung**
hier: überplanmäßige Mittelbereitstellung im Haushaltsjahr 2017
Vorlage: 0352/2017

Der Stadtrat beschließt einstimmig - vorbehaltlich der Haushaltsverfügung der ADD - die überplanmäßige Mittelbereitstellung in Höhe von 630.700,-€ im Haushaltsjahr 2017 zur Sanierung des Schulhofes der Münchfeldschule.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 09.03.2017.

Punkt 42 **Feuerwache II Mainz Innenstadt**
hier: außerplanmäßige Mittelbereitstellung im Haushaltsjahr 2017
Vorlage: 0357/2017

Der Stadtrat beschließt einstimmig – vorbehaltlich der Haushaltsverfügung der ADD – die außerplanmäßige Mittelbereitstellung in Höhe von 400.000 EUR im Haushaltsjahr 2017 zur Restabwicklung der Baumaßnahme.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 09.03.2017.

Punkt 43 **Brandschutz Kindertagesstätte Römerquelle in Mainz-Finthen;
Abschluss eines überarbeiteten Mietvertrages zum bereits bestehenden
Mietverhältnis
Vorlage: 0255/2017**

Der Stadtrat beschließt ohne Gegenstimmen und Stimmenthaltungen

- den Abschluss des überarbeiteten Mietvertrages sowie der Vereinbarung zur Sicherstellung der Brandschutzvorgaben für das Objekt Kindertagesstätte Römerquelle in Mainz-Finthen (Pliniusweg 42 und 44) mit der GWH-Wohnungsgesellschaft mbH Hessen, Frankfurt am Main, zum 01.04.2017.
- Es werden zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 26.550,00 Euro für 2017 sowie 42.400,00 Euro für 2018 bereitgestellt.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 22.0.2017.

Punkt 44 **1. Änderung der Gefahrenabwehrverordnung zur Aufrechterhaltung der Sicherheit und Ordnung auf öffentlichen Straßen und in öffentlichen Anlagen vom 16.02.2011
Vorlage: 0325/2017**

Der Stadtrat stimmt dem Erlass der 1. Änderung der Gefahrenabwehrverordnung zur Aufrechterhaltung der Sicherheit und Ordnung auf öffentlichen Straßen und in öffentlichen Anlagen vom 16.02.2011 durch die Stadtverwaltung der Landeshauptstadt Mainz als örtliche Ordnungsbehörde mehrheitlich (bei Gegenstimmen der Fraktion DIE LINKE) zu.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 15.03.2017.

Punkt 45 **Qualifizierter Mietspiegel 2017
Vorlage: 0259/2017**

Der Stadtrat nimmt den neuen Mietspiegel zur Kenntnis und beschließt einstimmig – bei Enthaltungen der Fraktion DIE LINKE - ihn gemäß § 558 d BGB als “Qualifizierter Mietspiegel Mainz 2017”.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 22.02.2017.

Punkt 46 **Bereitstellung von zusätzlichen Haushaltsmitteln für die Tilgung von Baukosten für Gemeinschaftsunterkünfte gegenüber der Wohnbau Mainz**
Vorlage: 0372/2017

Der Stadtrat beschließt einstimmig - vorbehaltlich der Haushaltsverfügung der ADD - die Haushaltsmittel für die Tilgung der Baukosten für insgesamt 5 Gemeinschaftsunterkünfte in Höhe von 1.517.546,29 € im Haushaltsjahr 2017 und 1.706.741,28 € im Haushaltsjahr 2018 außerplanmäßig bereit zu stellen.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 15.03.2017.

Punkt 47 **Einführung der elektronischen Gesundheitskarte für Flüchtlinge**
Vorlage: 0438/2017

Zu diesem Tagesordnungspunkt werden Zusatz- und Ergänzungsfragen gestellt, die Herr Beigeordneter Merkator beantwortet.

Frau Siebner bittet, nach Abschluss des Erprobungsjahres um Berichterstattung im Sozialausschuss und ggf. weitere Beschlussfassung bezüglich der Verlängerung.

Bei Gegenstimmen der AfD beschließt der Stadtrat:

Die elektronische Gesundheitskarte für Flüchtlinge nach § 264 I SGB V wird bei der Stadt Mainz zum 3. Quartal (01.07.2017) eingeführt.

Die Stadt Mainz tritt der Rahmenvereinbarung für nicht Versicherungspflichtige gegen Kostenerstattung nach § 264 Abs. 1 SGB V in Verbindung mit §§ 1, 1a Asylbewerberleistungsgesetz in Rheinland-Pfalz zur Einführung einer elektronischen Gesundheitskarte für in Mainz lebende Asylbewerberinnen und Asylwerber bei. Die Verwaltung wird beauftragt mit der Innungskrankenkasse die erforderlichen Regelungen in einer Zusatzvereinbarung zur Rahmenvereinbarung des Landes, auf Basis dieser Vorlage, zu verhandeln und abzuschließen. Die Auswirkungen der Einführung der elektronischen Gesundheitskarte sind nach einem Jahr zu prüfen.

Der Stadtrat beschließt außerdem die Herstellung der Deckungsfähigkeit in Höhe von 71.345 € für das HH-Jahr 2017 und in Höhe von 142.690 € für das HH-Jahr 2018 zwischen Personal- und Sachkosten.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 21.03.2017.

Punkt 48 **"Naturnahe Gestaltung des Rheinuferes zwischen der Weisenauer Brücke und der B9-Wegeunterführung in der Gemarkung Laubenheim - Vorgaben für eine Naherholungskonzeption"**
Vorlage: 0260/2017

Der Stadtrat nimmt die Konzeption befürwortend zur Kenntnis. Der Stadtrat beauftragt die Verwaltung einstimmig (bei einer Enthaltung), unter Federführung des Dezernates V, die erforderlichen Koordinierungen sowie Detailprüfungen und Planungen auf den Weg zu bringen, eine Finanzierungsübersicht vorzulegen und erneut zu berichten.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 22.02.2017.

Punkt 49 **Änderung der Satzung über die Benutzung der Grünanlagen der Stadt Mainz (Grünanlagensatzung)**
Vorlage: 0261/2017

Der Stadtrat beschließt einstimmig – bei Enthaltungen der Fraktion DIE LINKE – die Änderung der Satzung.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 22.02.2017.

Punkt 49.1 **Neue Fuß- und Radwegeverbindung Wirtschaftspark / Messe – Ortslage Hechtsheim:**
Sachstand, Kostenträgerschaft, Zeitachse
Vorlage: 0341/2017

Der Stadtrat stimmt einstimmig zu, dass die tiefbautechnischen Leistungen über Sponsoringleistungen finanziert sowie über einen Erschließungsvertrag geregelt werden und dass die Kosten für die Beleuchtung der Wegeverbindung anteilig durch die GVG und die Stadt Mainz getragen werden.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 15.03.2017.

- Punkt 50** **Bauleitplanverfahren "G 156" (Planstufe I)**
Bebauungsplanentwurf "Wohnquartier An der Krimm (G 156)";
hier: - Aufstellungsbeschluss gemäß § 2 Abs. 1 BauGB i. V. m. § 1 Abs. 8
BauGB
- Durchführung des Bauleitplanverfahrens im beschleunigten
Verfahren gem. § 13a BauGB
- Vorlage in Planstufe I
- Durchführung der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß
§ 3 Abs. 1 BauGB
- Verzicht auf die frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstigen
Träger öffentlicher Belange
Vorlage: 0272/2017

Der Stadtrat beschließt ohne Gegenstimmen und Stimmenthaltungen zu dem o.g. Bauleitplanentwurf:

1. den Aufstellungsbeschluss gemäß § 2 Abs. 1 BauGB i. V. m. § 1 Abs. 8 BauGB,
2. das Bauleitplanverfahren im beschleunigten Verfahren nach § 13 a BauGB durchzuführen,
3. die Vorlage in Planstufe I,
4. die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 BauGB im Aushangverfahren,
5. auf die frühzeitige Beteiligung der Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange gemäß § 13 a Abs. 2 Nr. 1 BauGB zu verzichten.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 09.03.2017.

- Punkt 51** **1. Kenntnisnahme "Gesamtkonzept der Gutachter zur naturverträglichen**
Instandsetzung des Mauerwerks im Zitadellengraben"
2. Kenntnisnahme und Zustimmung zum Fällantrag von 129 Bäumen zum
Zweck der Verkehrssicherung und Bauwerkssicherung der Zitadellenmauern
Vorlage: 0252/2017

Der Stadtvorstand nimmt das „Gesamtkonzept der Gutachter zur naturverträglichen Instandsetzung des Mauerwerks im Zitadellengraben“ zur Kenntnis und stimmt dem Fällantrag für 129 Bäume zum Zwecke der Verkehrssicherung und Bauwerkssicherung der Zitadellenmauern vorbehaltlich der Genehmigung der SGD Süd zu. Der Eingriff ist nach Maßgabe der zuständigen Naturschutzbehörde zu bilanzieren und zeitnah in den nächsten beiden Pflanzperioden auszugleichen.

Der Stadtvorstand befürwortet die Behandlung der Vorlage in den o.g. Gremien.

Der Stadtrat nimmt das „Gesamtkonzept der Gutachter zur naturverträglichen Instandsetzung des Mauerwerks im Zitadellengraben“ einstimmig zustimmend zur Kenntnis.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 08.02.2017.

Punkt 52 **Veränderungssperre "W 105-VS/I"**
Erste Verlängerung der Geltungsdauer der Veränderungssperre für den
Bereich des Bebauungsplanentwurfs "Ehemalige Brauerei Wormser Straße
(W 105)", Satzung "W 105-VS/I";
hier: Beschluss gemäß § 17 BauGB i.V. mit den §§ 14 und 16 BauGB
Vorlage: 0274/2017

Der Stadtrat beschließt einstimmig in Kenntnis der Vorlage gemäß § 17 BauGB in Verbindung mit den §§ 14 und 16 BauGB die Satzung "W 105-VS/I" über die erste Verlängerung der Geltungsdauer der Veränderungssperre "W 105-VS" um ein Jahr.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 09.03.2017.

B) Ohne Stimmrecht des Vorsitzenden

Punkt 53 **Besetzung von Ausschüssen und sonstigen Gremien**

Punkt 53.1 **Ergänzung von Gremien**
Vorlage: 0002/2017

Der Stadtrat wählt bzw. entsendet einstimmig die nachfolgenden Personen in die jeweiligen Ausschüsse und sonstigen Gremien.

1. Mainzer Seniorenbeirat

(10 25 07 / 137)

Auf Vorschlag des ASB werden als Mitglied bzw. Stellvertretung

Irmtraud Willrich bzw.
Susanne Krönke

in das o. g. Gremium gewählt.

2. Werkausschuss KDZ

(10 25 07 / 53)

Auf Vorschlag der FDP-Stadtratsfraktion wird als Nachfolger von Herrn Huch

Volker Hans

in das o. g. Gremium gewählt.

3. Schulträgerausschuss

(10 25 07 / 85)

Auf Vorschlag der Verwaltung werden als Vertreter und Stellvertretung des Stadtschülerrates

Askin Hazir und
Eva-Maria Stollenwerk

in das o. g. Gremium gewählt.

Auf Vorschlag der Verwaltung wird als Stellvertretung der Elternschaft der Grundschulen

Patrycja König

in das o. g. Gremium gewählt.

4. Bau- und Sanierungsausschuss

(10 25 07 / 175)

Auf Vorschlag der FW-G-Stadtratsfraktion wird als zusätzliche Stellvertretung

StRM Kurt Mehler

in das o. g. Gremium gewählt.

5. Stadtrechtsausschuss

(10 25 07 / 93)

Auf Vorschlag der CDU-Stadtratsfraktion wird als Nachfolger von Frau Bertelsmann

Curt Zschernig

in das o. g. Gremium gewählt.

6. Zusätzliche Stellvertretung in Ausschüssen/sonstigen Gremien

Auf Vorschlag der FDP-Stadtratsfraktion wird als zusätzlicher Stellvertreter als Nachfolger von Herrn Wiest

Werner Rehn

in alle Ausschüsse/sonstige Gremien mit allgemeiner Stellvertretungsregelung gewählt. Dies gilt nicht für den Jugendhilfeausschuss und die Regionalvertretung Planungsgemeinschaft Rheinhessen-Nahe.

7. Haupt- und Personalausschuss

(10 25 07 / 30)

Auf Vorschlag der Stadtratsfraktion DIE LINKE. wird als Nachfolger von StRM Hingst

StRM Jasper Proske

in das o. g. Gremium gewählt.

8. Jugendhilfeausschuss

(10 25 07 / 33-0)

Auf Vorschlag der Stadtratsfraktion DIE LINKE. wird als Nachfolger von StRM Hingst

Tupac Orellana

in das o. g. Gremium gewählt.

Auf Vorschlag der Stadtratsfraktion DIE LINKE. wird als Nachfolgerin von StRM Dorn

StRM Waltraud Hingst

als persönliche Stellvertretung in das o. g. Gremium gewählt.

Auf Vorschlag des Stadtelternausschusses wird als Nachfolgerin von Frau Künstler

Julia Schier

in das o. g. Gremium gewählt.

9. AG Kindertagesbetreuung des Jugendhilfeausschusses

(10 25 07 / 33-21)

Auf Vorschlag der Stadtratsfraktion DIE LINKE. wird als Nachfolger von StRM Hingst

Tupac Orellana

in das o. g. Gremium gewählt.

Auf Vorschlag der Stadtratsfraktion DIE LINKE. wird

StRM Waltraud Hingst

als zusätzliche Stellvertretung in das o. g. Gremium gewählt.

10. Klimaschutzbeirat

(10 25 07 / 154)

Auf Vorschlag der Stadtratsfraktion DIE LINKE. wird als Mitglied

StRM Xander Dorn

in das o. g. Gremium gewählt.

Gegenstand der Beratung und Beschlussfassung ist die Verwaltungsvorlage vom 29.03.2017.

Punkt 55 Anregungen der Ortsbeiräte

Zu diesem Tagesordnungspunkt wurden keine Vorlagen eingereicht.

Ende der Sitzung: 17:25 Uhr

gez. Michael Ebling
Vorsitz

gez. Detlef Blessing
Schriftführung